



MEDIENMITTEILUNG

Bern, 22. August 2019

Agglomerationen: Die Städte der Zukunft brauchen mehr Beachtung

Die Agglomerationen funktionieren als Scharnier zwischen Stadt und Land: Sie beherbergen grosse Verkehrsknotenpunkte, bieten Platz für Gewerbe und Industrie und leisten wichtige Integrationsarbeit. Sie sind noch lange nicht zu Ende gebaut und haben grosses Potenzial. Sachgerechte Lösungen in den Agglomerationen sind für die künftige Entwicklung des Landes zentral. Trotzdem stehen sie kaum im Fokus der Bundespolitik. Der Schweizerische Städteverband fordert, dass die Agglomerationen einen höheren politischen Stellenwert und Anreize zur Weiterentwicklung erhalten müssen.

In den letzten 35 Jahren ist die Schweizer Bevölkerung insbesondere in den Agglomerationen gewachsen. Die Agglomeration dehnte sich auch flächenmässig weiter aus. Aufgrund der Vorgaben im Raumplanungsgesetz muss sich das Wachstum nun wieder gegen innen verlagern: Das künftige Bevölkerungswachstum müssen vornehmlich Kernstädte und Agglomerationsgemeinden absorbieren.

Die Siedlungsgebiete wachsen zusammen und die sichtbaren Grenzen verschwinden. Die Agglomerationen sind die Städte von morgen. Bereits heute sind ihre Herausforderungen ähnlich wie jene der Kernstädte, obwohl die Verwaltungsstrukturen vielerorts noch jenen einer kleinen Gemeinde gleichen: Ihre Verkehrsnetze sind am Anschlag, die sozialen Kosten sind hoch, die Dienstleistungsangebote stehen unter Druck. Es braucht neue Schulen und Betreuungsangebote. Die Bevölkerung ist oft skeptisch gegenüber Wachstum.

Die Agglomerationen in den Fokus rücken

Die Agglomerationen sind stille Schaffer. Sie erbringen grosse Wirtschafts- und Integrationsleistungen und sind noch längst nicht fertig gebaut. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen: Werden die Weichen heute richtig gestellt und sachgerechte Lösungen entwickelt, ist dies für die künftige Entwicklung des ganzen Landes von Bedeutung.

Aus Sicht des Städteverbandes müssen die Agglomerationen deshalb auch in der nationalen Politik einen höheren Stellenwert erhalten. «Die neue Legislatur muss zu einer Legislatur der Städte und Agglomerationen werden», fordert Nationalrat Kurt Fluri, Präsident des Städteverbandes, an der Jahresmedienkonferenz des Städteverbandes in Bern. «Die Bundespolitik muss die Bedeutung der Agglomerationen anerkennen und sich um diese Räume kümmern – so wie es auch die Bundesverfassung verlangt.»

Das Prinzip der regionalen Trägerschaften, wie sie für den Verkehr im Rahmen der Agglomerationsprogramme bestehen, soll auch auf andere Politikbereiche übertragen werden. Ausserdem muss die nationale Regionalpolitik auch den urbanen Raum einbeziehen: Eine ganze Reihe von Kantonen und die Metropolitanregionen sind von der Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) ausgeschlossen. Der Städteverband fordert, dass Entwicklungsprojekte in den Grossagglomerationen jenen im Wirkungsspektrum der NRP finanziell gleichgestellt sind.



Zusammenarbeit verbessern und Identität stiften

Der Städteverband hat im Frühling 2019 drei Dialoge mit Fachleuten und Vertreterinnen und Vertretern aus Agglomerationen aller Landesteile durchgeführt. Dabei hat sich gezeigt, dass die Agglomerationen mehr Gehör suchen, mehr Erfahrungsaustausch und Kooperation wünschen und selbstbewusster auftreten wollen.

Es gibt gute Beispiele, wie Agglomerationsgemeinden zusammenarbeiten können. Viele Agglomerationen stehen diesbezüglich jedoch erst am Anfang. «In den Bereichen Verkehr oder Infrastruktur beispielsweise ist eine Zusammenarbeit dringend nötig, nicht zuletzt, weil auch die Komplexität der Projekte zunimmt», betont Claudine Wyssa, Gemeindepräsidentin von Bussigny VD und Präsidentin der Waadtländer Gemeinden. Bund und Kantone können die Entwicklung begünstigen, indem sie Erleichterungen und Anreize für Kooperationsmodelle schaffen.

Zugleich sind die Agglomerationsgemeinden gefordert. Eine gute Durchmischung der Bevölkerung und die Identifikation mit der Gemeinde sind nicht mehr selbstverständlich, bleiben aber ein zentraler Erfolgsfaktor für ein lebendiges Gemeinwesen. «Identität lässt sich nicht verordnen, sondern muss gemeinsam mit der Bevölkerung entstehen und gestaltet werden», sagt Nationalrat Philipp Kutter, Stadtpräsident von Wädenswil. «Gemeinsam heisst, dass sich beide Seiten aktiv am Prozess beteiligen.» Partizipative Projekte, die Behörden und Bevölkerung verbinden, sind hier vielversprechend.

Weitere Informationen:

Nationalrat Kurt Fluri, Präsident Schweizerischer Städteverband, Stadtpräsident Solothurn, Tel. 079 415 58 88.

Nationalrat Philipp Kutter, Stadtpräsident Wädenswil, Tel. 078 641 10 31.

Claudine Wyssa, Gemeindepräsidentin Bussigny, Präsidentin Union des Communes Vaudoises, Tel. 079 425 17 78

Renate Amstutz, Direktorin Schweizerischer Städteverband, Tel. 079 373 52 18.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Agglomerationsdialoge (vgl. nächsten Abschnitt)

Zahlen und Fakten zu den Agglomerationen sowie freigegebene Zitate der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Agglomerationsdialoge finden Sie auf unserer Webseite: www.staedteverband.ch/agglomerationen. Die aufgeführten Personen stehen Ihnen auch als Interviewpartner zur Verfügung. Nähere Auskünfte erteilt Ihnen Carol Mauerhofer (031 356 32 44 / 078 764 44 50).

Hintergrundinformationen zum Schweizerischen Städteverband

Der Städteverband zählt 134 Mitglieder. Er vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden und ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.